

18.02.05

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Gesetz zur Änderung des Apothekengesetzes

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 18. Februar 2005

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages
und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am
27. Januar 2005 verabschiedeten

Gesetz zur Änderung des Apothekengesetzes

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Absatz 2 des
Grundgesetzes einberufen wird.

Gerhard Schröder

An den
Präsidenten des Bundesrates

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses am 18. Februar 2005 zugeleitet.

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: 44/05 (Beschluss)